

Verlagsgesellschaft: Sozialistischer Verlag s. G. m. b. H.
Breslau 1, Kottbusstraße 49/50.

Schlesische

Verlagspreis: Ring 8837. — Adressen: Hett-Verlag, Breslau 1, Kottbusstraße 49/50.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefträger 1 40 Pf. für die Woche, 6.-Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Pf. für die Woche.

Verlagspreis: Die Schlesische Arbeiterzeitung oder deren Raum 900 Mk., wozu 1,00 Mk. für den Postzuschlag. Familiennachrichten, Vereine- und Vereinstätigkeiten 500 Mk. Rest: Die Schlesische Arbeiterzeitung oder deren Raum, hinter Text 2.-Mk.

Verlagspreis: Die Schlesische Arbeiterzeitung oder deren Raum 900 Mk., wozu 1,00 Mk. für den Postzuschlag. Familiennachrichten, Vereine- und Vereinstätigkeiten 500 Mk. Rest: Die Schlesische Arbeiterzeitung oder deren Raum, hinter Text 2.-Mk.

Offensive gegen Wrangel.

Konstantinopel, 1. November. Die Bolschewisten haben an der ganzen Front die Offensive wieder aufgenommen. Die Truppen Wrangels werden zurückgedrängt und haben Verdianst und Alexandrowitz geräumt.

Der Lügenfeldzug gegen Sowjetrußland.

In den letzten Wochen haben die russischen gegenrevolutionären Zeitungen und die Nachrichtenbüros in Europa eine ziemlich rege Agitationstätigkeit entfaltet. Fast ununterbrochen verbreiteten sie völlig unbegründete Gerüchte über große Aufstände bald in Petersburg, bald in Moskau, dann wieder an der Front usw. Obwohl Telegramme aus Moskau und Leute, die eben aus Rußland gekommen sind, erklären, in Rußland herrsche vollständige Ruhe, wird das alte Gerücht wieder hervorgeholt und mit neuen unwesentlichen Details herausgeholt. Diese Lügenkampagne wird nach einem bestimmten Plan durchgeführt und hat zur Aufgabe, der Allgemeinheit den Glauben aufzudrängen, die Sowjetherrschaft stehe vor ihrem Fall, Wrangel würde in nächster Zukunft die Ordnung wieder herstellen usw. Diese rücksichtslose Agitation will Sowjetrußland so verhandeln, mit anderen Staaten Verträge zu schließen und arbeitet für die verschiedenen weißen Verbände der Wrangelarmee, welche gleichzeitig in einem schon sehr fortgeschrittenen Auflösungsprozess begriffen ist. Als letzte Gerüchte meldet ein Telegramm aus Helingsfors von einem Matrosenaufstand in Petersburg und Moskau, von schweren Stasenkämpfen in Petersburg, von 700 als Geiseln verhafteten Personen, die in Moskau erschossen wurden usw. Diese Alarmgerüchte werden aus der Helingsforszentrale geliefert und aus den gegenrevolutionären russischen Agenturen, die von dem antibolschewistischen Fanatiker Burtseff gelenkt und inspiriert werden und ihre Filialen in vielen Städten Europas haben. (Unter anderem auch in Kopenhagen und Stockholm.) Die „Kosja Wien“ kann auf Grund einer direkten Mitteilung aus Rußland erklären, daß die eben besprochenen Gerüchte jeder Grundlage entbehren. In Wahrheit haben keine Straßenkämpfe stattgefunden und in Moskau sind keine Geiseln erschossen worden. Kein Rat hat (nach einem Telegramm des Kais der Nordkommune) Petersburg oder Moskau verlassen. Tatsächlich ist die Sowjetregierung härter denn je, das ganze arbeitende russische Volk und ein großer Teil der russischen Intelligenz unterstützt sie in ihrem Kampf gegen Wrangel. Die russischen Bauern wissen, daß ihre Siege sie der Erde berauben würden, die die Revolution ihnen gegeben hat. Wrangels ultrareaktionäres Programm hat nur dazu beigetragen, daß der größte Teil der russischen Intelligenz sich der Bauern- und Arbeiterregierung angeschlossen hat. Herr Burtseff begräbt Sowjetrußland alljährlich.

Die Sammlung weißgardistischer Truppen in Litauen.

Ragnisberg, 1. November. Die wiederholt angelegten Ermittlungen über den Übergang von Deutschen über die litauische Grenze wurden gestern früh abgeschlossen und haben folgendes ergeben:

Am 14. Oktober ging eine Bande von 120 Mann einer ehemaligen aufgelösten freiwilligen Polizeitruppe bei Groß-Göbelen, einem unbedeutenden Grenzübergang, über die Grenze. Die Leute, die mit der Bahn von Galsap gekommen waren, gingen in Willupönen aus und begaben sich angeblich zu Begegnungen an die Grenze. Der Versuch der beiden Grenzpolizeibeamten, den Uebertritt zu verhindern, war vergeblich. Ferner trat am 13. Oktober, nachts, eine Bande von 100 Mann mit einem Führer, vermutlich Oberleutnant Diez, bei Dnaggers über die grüne Grenze unter Mitführung von zwei Gepäcksäcken. Schließlich erfolgte am 16. Oktober ein Versuch von 60 Mann unter dem früheren Leutnant Gyzanzel, ebenfalls Angehörigen einer ehemaligen Polizeitruppe, bei Gysitahnen über die Grenze zu kommen. Der Führer und mehrere Leute wurden von der Landesgrenzpolizei festgenommen. Der größte Teil wurde zurückgeschickt, der kleinere Teil entkam.

Außerdem sind Einzelübertritte über die grüne Grenze bis zum 16. Oktober etwa von 800 Mann nachträglich festgestellt worden. Seit dem Einzug einer Verstärkung des Grenzpostens durch zwei Quadratscharen der Sips am 16. Ok-

tober sind keinerlei Grenzübertritte mehr gemeldet worden. Einzelübertritte in ganz geringem Umfang über die grüne Grenze sind möglich, da die Grenze stellenweise wegen ausgedehnter Wälder sehr unübersichtlich ist. Uebertritte sind aber nicht festgestellt worden. Versuchte Uebertritte wurden von Einzeltruppen zurückgewiesen.

Alles in allem zusammengefaßt, sind nicht mehr als tausend Mann übergetreten. Alle anderen Zahlen sind unrichtig. Die Zahl von tausend Mann wird durch verbürgte Nachrichten aus Litauen bekräftigt. Militärische Ausrüstungen und Bewaffnung wurde nicht festgestellt, insbesondere keinerlei Gewehre, Maschinengewehre oder schwere Waffen; Pistolen-ausrüstung im geringen Umfang ist möglich. Reguläre Verbände jeder Art, auch Orts- und Grenzwehren waren sämtlich unbeteiligt. Die litauische Regierung schickte am 29. Oktober zwölf Uebergetretene nach Gysitahnen zurück. Diese werden im Interniertenlager festgehalten und vernommen. Am 30. Oktober wurden acht Mann beim Versuch, überzutreten, festgenommen, darunter drei, die zu den Bolschewisten wollten.

Dieser Bericht ist von den Stellen veranlaßt, die im Verdacht der Beteiligung an der Aufstellung der gegenrevolutionären Formationen stehen.

Polen.

Hunger in Polen.

Warschau, 28. Oktober. Der „Robotnik“ bringt seit einigen Tagen alarmierende Nachrichten über die Lebensmittellage im Kohlenbecken von Dombrowa. Das ganze Gebiet sei völlig von Lebensmitteln entblößt. Ebenso traurig seien die Verhältnisse im Krakauer Kohlenbecken. Am Montag fand eine Konferenz der Vertreter der Bergarbeiterverbände dieser Gebiete mit dem Verpflegungsminister in Warschau statt, auf der sofortige Hilfsmaßnahmen für die vom Hunger bedrohten Gegenden beschlossen wurden.

Die Reaktion in Polen.

Warschau, 28. Oktober. („Kosja Wien.“) Kwapinski, einer der berühmtesten Führer der P. P. S., der Vorstand der großen Bergarbeitergewerkschaft, wurde in Turok verhaftet und mit ihm das Dekomitee der P. P. dieser Stadt. Als Grund der Verhaftung Kwapinskis wurde die Rede angegeben, die er in Turok gegen die Errichtung des Senats gehalten hat.

Warschau, 27. Oktober. („Kosja Wien.“) Nach Beschluß des militärischen Feldgerichtes wurde in Warschau der Kommunist Jasob Aljar, der der Unterstützung Roter Truppen beschuldigt wird und elf polnische Arbeiter, die der Verbindung mit russischen Kommunisten verdächtigt waren, erschossen.

Generalstreik in Polen.

Riga, 28. Oktober. („Kosja Wien.“) Nach dem Eisenbahnerstreik, der in Polen wegen des Projekts des Zweifachmehrsystems ausgebrochen ist, sind auch sämtliche Warschauer Arbeiter in den Streik getreten. Es erschienen keine Zeitungen, die Geschäftslokale sind gesperrt, der Tramwayverkehr steht still.

Vor dem Generalstreik der Bergarbeiter Polens.

Krakau, 28. Oktober. Der Bergarbeiterverband der Kohlen-, Kapha- und Salzgruben kündigt den Generalstreik in ganz Polen an, für den Fall, daß sich die Ernährungsverhältnisse nicht in kürzester Zeit verbessern.

Errichtung einer polnischen Munitionsfabrik.

Warschau, 25. Oktober. („Kosja Wien.“) Die Minengesellschaft in Stabarowje hat mit der Schudertgesellschaft und mit Schneider-Creuzot ein Abkommen getroffen, das die Errichtung einer großangelegten polnischen Munitionsfabrik zum Ziele hat.

Orgesch-Komödie.

General Kollert richtet im Auftrag der Interalliierten Kontrollkommission eine Note an die deutsche Regierung, die sich gegen die Einwohnerwehren richtet. In der Note wird die Frage an die deutsche Regierung gestellt, welche Maßnahmen getroffen worden seien, um die Entlassung dieser Organisationen zu beschleunigen und um die Unterdrückung solcher Formationen sicherzustellen.

Außerdem verlangt Kollert Auskunft über die Zahl der Waffen der G.-W., ferner Angabe der Gesamtsumme der abgelieferten schweren Waffen.

Auch die bayerische Regierung wurde von den Entwaffnungsforderungen „in geeigneter Weise“ verständigt. Dem Telegramm ist nicht zu entnehmen, was sich der französische General unter dieser „geeigneten Weise“ vorstellt.

II.

Das Gutachten des preussischen Justizministers, das dieser auf Ersuchen des preussischen Staatsministeriums über die Organisation Eichrich abgegeben hat, kommt zu dem Ergebnis, daß das Verbot der Organisation durch das vorliegende Material nicht gerechtfertigt wird.

III.

Der preussische Minister des Innern Severing hat an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten einen Erlass herausgegeben, wonach sämtliche zur Orgesch gehörigen oder mit ihr verbundenen oder auf gleichem Boden stehenden Vereinigungen gemäß § 2 des Vereinsgesetzes aufgelöst werden, insbesondere alle Versammlungen zu verbieten und zu verhindern sind, sowie in der gegebenen Weise gegen Zeitungsanzeigen, Anrufe und dergleichen vorzugehen ist.

IV.

Die ganze Geschichte ist eine Komödie, aus der herauskommen wird: die Erhaltung der Orgesch.

Schiedspruch im Ruhrkohlenbergbau.

Dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Der Bergarbeiterverband hat den Schiedspruch über die Regelung der Löhne im Ruhrkohlenbergbau vom 19. Oktober abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium erklärte hierauf den Schiedspruch nach der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich.

Meldung: Der große Ausschuss des Reichskohlenrats und der Reichskohlenverband haben jetzt in einer Sitzung über den Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels die Kohlenpreise entsprechend den dem Ruhrbergbau durch Schiedspruch zugewilligten Lohnaufbesserungen der Bergarbeiter zu erhöhen, beraten. Der Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels ging dahin, die Preise ab 1. November um 15 Mk. je Tonne heraufzusetzen. Die Erhöhung hatte die Zustimmung des großen Ausschusses des Reichskohlenrats gefunden, der in 16 gegen 2 Stimmen dafür eintrat. Trotzdem hat sich das Reichskabinett auf den Standpunkt gestellt, daß eine Preiserhöhung nicht zugelassen werden könne, wobei die Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer Kohlenpreissteigerung ausschlaggebend gewesen ist.

Die Unternehmergewinne im Bergbau sind ungeheuer; die Kohlenpreise werden erhöht, wenn auch jetzt das Reichskabinett die Preiserhöhung nicht zugelassen hat.

Die Feße gegen den Achtstundentag.

Dr. Dernburg in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Deutschen Umschau“:

„Die bürgerlichen Parteien halten die Schematisierung des Achtstundentages nicht für möglich. Die Forderung muß da lauten: wo in acht Stunden soviel oder mehr geleistet wird als früher in längerer Zeit, da ist der Achtstundentag ein Fortschritt und kann aufrecht erhalten werden; wo das nicht der Fall ist, geht das Produktionsinteresse (!) vor.“

Die Demokraten als Sturmläufer gegen den Achtstundentag! Das sieht ihnen ähnlich. Sie sind die Schutzgarden für den Profit.

Unternehmer-Willkür.

Preßemeldung: Die Arbeitsverweigerung eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft des Berliner Hohlglaswerkes hat dahin geführt, daß das Werk, in welchem 5000 Arbeiter beschäftigt werden, geschlossen werden mußte.

Die Unternehmer machen, was sie wollen. Die lange Zeit, die die Arbeiterschaft diese Diktatur noch erdulden muß, ist unklar.

Die Arbeitslosenfrage.

Die wachsende Arbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit zunehmender Verelendung des Proletariats. Die Arbeitslosenfrage muß das gesamte Proletariat beschäftigen. Die Arbeiter, die heute noch im Betriebe stehen, können nicht interessenlos diesem Problem gegenüberstehen. Morgen schon können auch sie die Opfer der anarchischen Wirtschaftsweise des Kapitalismus sein. Jeder Arbeiter muß sich deshalb zur Wehr setzen gegen das System der wachsenden Verelendung des Proletariats, das allein heute die Basis unseres Wirtschaftslebens bildet. Um den Preis einer immer stärkeren Verelendung des Proletariats führen die Kapitalisten ein äppiges Leben und häufen Gewinn auf Gewinn. Es gilt deshalb für das Proletariat den Kampf zu führen gegen diese Verelendung, gegen den wirtschaftlichen wie gegen den politischen Terror der Bourgeoisie. Dieser Kampf kann nicht geführt werden gegen einzelne Teilercheinungen der heutigen Wirtschaftsweise, er muß geführt werden um die Beseitigung des Kapitalismus und um den Aufbau des Sozialismus.

Folgende Zeilen, die uns von der Berliner Zentrale der Betriebsräte zugehen, zeigen, wie der Kampf um die Lösung eines Teilproblems — der Arbeitslosenfrage — zur Aufhellung von Forderungen zwingt, die nur realisiert werden können im Kampf um die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht durch das Proletariat.

Die Zentrale der Betriebsräte schreibt:

Seit Monaten kämpfen alle Arbeiterorganisationen gegen die Unternehmerabsatzfrage und die damit zusammenhängende Arbeitslosigkeit. Demonstrationen, Versammlungen, Eingaben an die Behörden folgten einander, ohne daß auch nur der Anfang irgend einer Besserung zu spüren wäre. Das Gegenteil trifft zu: Betrieb auf Betrieb wird stillgelegt.

Ein drastisches Beispiel aus den letzten Tagen wieder: Die „Amibi“ (Flugplatz Johannisthal) reparierte ich Waggons u. dgl. Die Zeppelinhallen sind zu geeigneten Werkstätten zu diesem Zweck umgebaut. Arbeit war in Hülle und Fülle vorhanden. Die schlecht bezahlte Arbeiterklasse verlangte Lohnerhöhung. Der Fabrikant verlangte weit über diese Lohnforderungen hinausgehende Erhöhung der Reparaturkosten. Darauf hat die Eisenbahndirektion alle bereits in Auftrag gegebene Arbeit zurückgezogen. Die angefahrenen Waggons wurden abgehoben; und heute werden 900 Arbeiter wegen — Arbeitsmangel entlassen! Ein Mitglied des Betriebsrates behauptet, daß „Amibi“ und „Eisenbahndirektion“ Hand in Hand arbeiten. Wir haben keine Veranlassung, daran zu zweifeln.

So geht es täglich tiefer bergab. Kann das so weitergehen? Keineswegs! Abgeschafft können diese Zustände nur werden, wenn das Proletariat die Macht übernommen hat, behoben können sie werden, wenn die Arbeiterschaft die vollständige Kontrolle der Produktion übernimmt. Das soll rückwärtslos als bisher durchzuführen versucht werden, durch eine Aktion. Dieser Kampf soll zunächst um folgende Punkte gehen:

1. Um das Recht der Einstellung und Entlassung.
2. Gegen jede Stilllegung von Betrieben.
3. Darum, daß die durch die Unternehmerabsatzfrage bereits stillgelegten Betriebe wieder eröffnet und in Gang gesetzt werden.
4. Zur Vergrößerung der Produktion in den vom volkswirtschaftlichen Standpunkt produktionsfähigen Betrieben durch Erweiterung der technischen Einrichtungen und Einstellungen von Arbeitskräften.
5. Kampf gegen Akkordarbeit und Nebenstunden.

Wir wissen: Freiwillig gibt der Unternehmer der Arbeiterschaft nicht das Recht der Kontrolle der Produktion. Durch Abmachungen mit den Gewerkschaften wird es auch nicht gelingen. D. h. nur im Kampf werden wir eine Notwendigkeit für das gesamte Volk durchsetzen können. Diesen Kampf gilt es vorzubereiten! In Berlin haben wir bereits zu dieser Frage in den Gruppenversammlungen der Betriebsräte Stellung genommen. Wir werden in den nächsten Tagen vor die Centralverwaltung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin gehen.

Wir ersuchen alle Genossen im ganzen Reich, auch diese Botschaften zu treffen, und beihilflich zu sein! Muß sofort überall Betriebsversammlungen, öffentliche Versammlungen, Fabrikversammlungen der Betriebsräte ein! Muß in allen Orten des Reichs die gesamte Arbeiterschaft auf zum Kampf für die Kontrolle der Produktion!

Republik Deutschland

Die „Freiheit“ schreibt:

Wenn die Beamten die längst fällige, durch die zunehmende Verzerrung vielfach überholte Regelung der Befolgung fordern, dann erhebt ein lautes Lament über die Notwendigkeit des Sparsens. Wenn es sich indes darum handelt, den überflüssig gewordenen Offizieren der geschlagenen Heerhaufen Aufwands für die Justiztrüge zu sparen, dann ist des Sparsens kein Ende und die Rechen spielen keine Rolle. So berichtet jetzt das Organ des Reichsverbandes der Kriegsbekämpften über die Zustände in den Versorgungsämtern folgenden:

„Was jetzt sind zu Regierungsstellen 100. Oberregierungsstellen im Versorgungsamt ernannt: 11 Generalmajore, 20 Obersten, 35 Oberleutnants, 47 Majore, 6 Hauptleute, 1 Hauptleutnant, 1 Kapitän, 4 Geheime Kriegsräte, 13 Kriegsräte. Das sind im ganzen 138 neue Beamte. Auch im Reichsarbeitsministerium selbst eingehenden Informationen sollen im ganzen im Versorgungsamt ungefähr 1000 obere Beamtenstellen zu besetzen sein. Nach den bisherigen Berechnungen ist nicht daran zu zweifeln, daß man im Reichsministerium die Absicht hat, weiter nach dem jetzt angewandten Schema zu verfahren. Es dürfte

bann mindestens 95 Proz. der höheren Beamten aus den Kreisen der ehemaligen Offiziere entnommen sein.“

Wir empfehlen diese Mitteilungen der Aufmerksamkeit des Herrn Reichsfinanzministers Wirth. Da er schon nichts anderes weiß, als das Gesammer nach Sparsamkeit, um dem Finanzruin Einhalt zu tun, so soll er sein Rezept wenigstens an der rechten Stelle anwenden. Aber auch für die Beamenschaft dürften diese Zustände von Interesse sein. Es ist nicht notwendig, daß das geschlagene Offizierskorps seine Unfähigkeit noch einmal im zivilen Dienst beweist.

II.

„Leipziger Volkszeitung“:
Ein arbeitsloser Kriegsbekämpfter hat eine lungentranke Frau. Diese braucht ein Bett, damit sie ihr Kind und ihren Mann nicht ansteckt. Der Kriegsbekämpfte ist nicht in der Lage, ein Bett zu kaufen. Vor einiger Zeit wandte er sich an den Heimatbank. Der sandte dreimal eine Frau nach der Wohnung des Kriegsbekämpften, in der sie Ermittlungen anstellte. Nach 4 Monaten (!) erhielt der Mann einige alte Decken, die zum Teil durchlöcher sind. Das nennt sich — Heimatbank! Die Familie kann mit diesem Vettertag nichts anfangen. Vier Monate hat man sie warten lassen, wo schleunige Hilfe am Platze ist, und in einer Woche die Angelegenheit erledigt werden kann.

Schieber.

Der Hauptbetriebsrat bei der Eisenbahn Generaldirektion Dresden gibt bekannt:

„Mühen wir gestern feststellen, daß jetzt versucht wird, Ladungen von Kartoffeln en gros ins Ausland zu verschleppen unter der Bezeichnung „Saatkartoffeln“, konnten wir weiter feststellen, daß die Kartoffeln infolge ihrer Größe alles andere als Saatkartoffeln sind, stammten wir ferner darüber, daß eine Ausfuhrstelle, ohne wahrscheinlich diese Kartoffeln gesehen zu haben, Ausfuhrbewilligungen erteilt, so müssen wir heute unserer Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, daß man schon jetzt, da noch gar keine Feststellung über den Bedarf an Kartoffeln gemacht worden ist, solche überhaupt ausführt. Hat man schon derartiges erlebt in einer Zeit, da die Preise für die Kartoffeln von Tag zu Tag ins Fabelhafte steigen? Besteht über die Verwendung derselben im Ausland eine Kontrolle? Lange kann diese Schieberei nicht mehr mit angesehen werden, wollen wir uns nicht wieder wie jedes Jahr der wichtigsten Nahrungsmittel berauben lassen. Wir fordern schon heute die gesamte Arbeiterchaft auf, sich bereit zu halten, denn wir werden trotz des Eifers verschiedener Stellen, die Ausfuhr zu erzwingen wissen, was wir zu tun haben.“

III.

Die „Schweizer Kreiszeitung“ bringt eine Meldung, wonach eine Neustädter Firma an eine Station an der holländischen Grenze zwei Waggons Kartoffeln verladen und expediert hat. Als Beweis für die Richtigkeit bringt sie einen Frachtbrief. Für die Fabrik der Kapitalisten bietet allerdings der Stand der Salata den größten Anreiz für diese Schieberei. Der Kartoffelpreis in Holland beträgt augenblicklich 7 Gulden für den Zentner, das sind nach unserem Maße 150 Mark.

IV.

Die „Berliner R. N.“ schreiben:
Die Aussichten auf eine bessere Versorgung mit frischem Fleisch, insbesondere aber scheinen die Preise anstatt zurück, immer weiter in die Höhe zu steigen, sind keine günstigen. Die Zusätze zu den weißen Mänteln sind sehr häufig, da sich der Stallhandel immer mehr ausbreitet und die Händler dem Landwirt ab Stück mehr bieten, als wenn er sein Vieh zu den Schwärmen sendet. Kein Wunder, daß da die Preise immer weiter in die Höhe gehen und das Angebot immer geringer wird. Es wäre unbedingt Pflicht der maßgebenden Behörden, die Anträge auf Zulassung zum Viehhandel genau zu prüfen und überall da, wo Vieh gehandelt wird, die Händler auf diese Vertriebsweise zum Viehhandel hin zu veranlassen, daß dieselben ihre Papiere vorzeigen. Sonst wird der ganze Handel sich immer weiter ausbreiten und letzten Endes kommt überhaupt kein Vieh auf die Märkte und der Schlachthandel immer dann noch größeren Umfang an wie unter der Zwangswirtschaft.

V.

Aus Hannover berichtet die „Dema“:
Der Stadtverordnetenversammlung der Provinz Hannover haben die Aufstellung berichtet, daß nur durch die sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung für das Land Hannover verbessert werden könne.

VI.

Meldung: Köln, 30. Oktober. Das deutsche Kapital hat sich neuer Anstöße bemächtigt, um den Krieg- und Schiebergewinn der letzten Jahre vor den Steuergriffen zu retten. Es bringt die im letzten Oktober fallenden unterhalten französischen und englischen Banken zur Generalbank. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren,

haben die Banken Banque d'Alsace, Banque de Rhin und die Bloybank allein in dieser Weise Guthaben von ungezählten Millionen in „Sicherheit“ gebracht. Zwar besteht der Form halber eine papierne Bestimmung, wonach bei Kapitalüberweisung von einer deutschen an eine ausländische Bank ein sog. Steuerbuchformular für die Behörde ausgefüllt werden muß, auch soll bei direktem Abheben die etwa angegangene ausländische Bank den Zugang der deutschen Behörde laut „internationaler Vereinbarung“ mitteilen, jedoch in Wirklichkeit treffen die kapitalistischen Steuerbetrücker aus Deutschland mit den ausländischen Fiskalbehörden im besetzten Gebiet die stille Vereinbarung, daß die Kapitalisten bei den Zentralstellen der betr. Banken in Paris, London, Brüssel deponiert werden. Damit ist jegliche Besteuerung umgangen.

Streik.

M. T. B.-Meldung: Halle. Die Magistrats-Hilfsanstalten und städtischen Arbeiter haben in einer Versammlung Stellung zum Verhalten des Magistrats gegenüber ihren Lohnforderungen genommen. Das Ergebnis war, daß sich 90 Prozent der Angestellten für den Streik erklärten. Die Hilfsangestellten des Magistrats traten dem zufolge in den Streik. Die Brotmarkenausgabestellen sind teilweise geschlossen. Zwischen dem Magistrat und Vertretern der städtischen Arbeiter schweben noch Verhandlungen. Der Streik der Maurer und Bauarbeiter, der am Freitag begonnen hat, dauert noch an.

Korruption.

Seit dem Erzberger-Prozess reißt die Enthüllung über die zunehmende Korruption in den Ministerien der „demokratischen“ Republik nicht ab. Augenblicklich wird in der Öffentlichkeit eine Reihe von Verfehlungen des ebenfalls dem Zentrum angehörigen Ernährungsministers Dr. Hermes besprochen. Hermes wird u. a. vorgeworfen, daß er einen Geheimrat Augustin in Schutz genommen habe, trotzdem ihm bekannt war, daß Augustin Bestechungsgelder von einer Firma, mit der er amtlich in Beziehungen stand, angenommen hat.

Die Schwerindustrie, die sich so gern über den neuen parlamentarischen Regierungskurs entrüstet, sitzt dabei selbst im Gashause. So stellt das Reichsamt für den Handel fest, daß die Gutehoffnungshütte, die von dem Zentrumsmann Ködler geleitet wird, das Reich während des Krieges und der Revolutionstage bewuchert hat. Das Unternehmen hat dem Reichsfiskus minderwertige und unbrauchbare Geschosse angedreht, für erhaltene Materialien keine Zahlung geleistet, eingeleitete Nachprüfungen vereitelt usw. Es ist für das wirkliche Machtverhältnis bezeichnend, daß die Presse der Schwerindustrie ihrerseits mit den Angriffen gegen das Reichsamt begonnen hat, dessen Anklagen gegen die Hütte nur der Abwehr dienen sollen. — Erst die Beseitigung des kapitalistischen Systems wird der immer noch steigenden widerlichen Korruption ein völliges Ende machen.

Kapitalistische Wirtschaft.

Der wirtschaftliche Niedergang in der Welt.

I.

Nach einem Bericht der Handelsabteilung des amerikanischen Zensusbüros vom 1. September nahmen im Monat August die stillstehenden Spindeln in der Wollindustrie um 1 v. H. ab, während sie in der Kammgarnspinnerei sich um 0,4 v. H. vermehrten. Von 2262109 Spindeln in der Wollspinnerei standen 1009760 gleich 44,6 v. H. still, während in der Kammgarnspinnerei von 233015 Spindeln 886935 gleich 38 v. H. außer Betrieb waren. Nach der Aufstellung über die in Betrieb befindlichen und stillstehenden Webstühle, die auf den Angaben von 909 Fabrikanten beruht, standen im August von den Webstühlen, die mehr als 50 inch Nietenbreite haben, 51,8 v. H. gegen 49,5 v. H. im Juli, von den schmäleren 34,8 v. H. gegenüber 29,9 v. H. im Juli still.

II.

Die „Lodzer Volksstimme“ stellt einen Stillstand am Lodzer Handel fest. Infolge des Friedensschlusses mit Rußland wird eine allgemeine Preisentwertung erwartet. Die Preise für Baumwolle und andere Rohstoffe sind auf dem Lodzer Markt bereits um 12 bis 15 v. H. gefallen. Die Baumwollenspinnereien halten jedoch ihre Ware zurück, da sie die Dämpfung auswärtiger aufnahmefähiger Märkte erwarten.

III.

Nach den Presseberichten der letzten Zeit befindet sich die schwedische Industrie gegenwärtig in einer kritischen Lage. So werden die Norbergs-Gruben in nächster Zeit weitere Betriebseinschränkungen vornehmen, die die Stilllegung von 4 Gruben bedeuten. Besonders stark macht sich die Krise in allen Zweigen der Textilindustrie bemerkbar; doch werden die übrigen Industrien nicht weniger von ihr betroffen.

IV.

Aus Osaka in Japan wird gemeldet: Gegenwärtig herrscht in der japanischen Industrie eine fortwährend zunehmende Arbeitslosigkeit. In Ende des Monats Juli schätzte man im Osaka Industriebezirk 37729 Arbeitslose auf 2461047 Einwohner.

Bankier-Zag.

(Schluß)

Die Bankverwaltungen fühlen, daß sie nicht mehr imstande sind, die Produktion wieder aufzurichten. Auf dem Bankiertage ist, abgesehen von den Arbeitslamentationen des Hamburger Bankiers Warburg, die dem Bernburger Reichsarbeitersyndikat zuzuschreiben, kein einziger Beschluß zur Wiederaufrichtung der Produktion gemacht

worben. Wenn wiederholt von den Referenten betont wurde, daß die Banken genügend Geld zur Verfügung hätten, daß sie durchaus darlehensfähig seien, so stimmt das, was die Menge der Geldmittel betrifft. Aber diese ungeheuren Zahlungsmittelmengen sind ja gerade der Ausdruck jener Unproduktivität, die die Banken nicht beseitigen können. Könnten sie es, so würden ihre Kreditoren nicht die Miesenhöhe erleben, auf der sie jetzt angelangt sind. Wenigstens wagte auf dem Bankiertag keiner mehr, diese unmögliche Ausblähung als einen Beweis der ungeminderten oder erhöhten Sparkraft des deutschen Volkes hinzustellen.

Wie immer schon in Bankierkundgebungen, so wurde auch diesmal der Effektenbörsen ein hohes Lob gesungen. Man behauptet tatsächlich, daß die Effektenbörsen auch heute den Kapitalbedarf befriedigen, wo doch jeder Börsentag beweist, daß sie hinter dem wirklichen Kapitalbedarf herhinken, dafür aber eine geradezu unglaubliche Kurstreibererei verüben. Schon im Kriege war der Zusammenhang Produktion—Effektenbörsen mehr und mehr verlorengegangen. Heute besteht er mindestens ebensowenig, wenn nicht noch weniger.

Wenn einige Referenten und Diskussionsredner sich gegen die Sozialisierungspläne wandten, so ist dazu folgendes zu sagen: die Angriffe erfolgten hauptsächlich seitens solcher Bankiers, die eine besonders enge Verbindung mit dem Kohlenbergbau unterhalten. Es handelte sich indessen viel weniger um die Bekämpfung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues, als um die Angst vor einer Nationalisierung der Banken bei einem Umsichgreifen des Sozialisierungsprozesses. Wir wissen, daß die Großbanken grundsätzlich nichts gegen die „Sozialisierung des Kohlenbergbaues“ einzuwenden haben. Sie sind heute bereit unterhohlt, sie stehen so sehr auf den zweifelhaften „öffentlichen Papieren“, daß sie nach dem sozialisierten Kohlenbergbau als nach einem soliden Bankobjekt mit Freuden greifen. Wenn einmal die Geschichte der Finanzierungspläne des Jahres 1916, die die Kriegsschuldung im Falle eines Friedens mit dem damals noch kapitalistischen Rußland betreffen, geschrieben wird, wird man sehen, wie wenig den Großbanken an der Produktionselbständigkeit der deutschen Schwerindustrie gelegen ist. Sie brauchen eine neue große Unterlage, ein riesiges Bankobjekt, um ihre Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Würde ihnen garantiert, daß auf die Sozialisierung der Schwerindustrie nicht die Sozialisierung der Banken folgen würde, so wären sie die eifrigsten Befürworter jener Sozialisierung. Es ist ein Unterschied zwischen dem, was auf Bankiertagen und dem, was in den Chefkabinetts gesagt wird.

Mit anderen Worten: Während sich die Banken gegen die Unklammerung durch das Reich wehren, sind sie sehr wohl bereit, das Reich zu benutzen, um ihre Kreditfähigkeit zu heben. Oder anders ausgedrückt: Im Kriege genügten ihnen die papierernen Schuldversprechungen des Reiches, heute wollen sie „feste Unterlagen“ haben und sie würden gern mit dem Reich zusammenarbeiten, wenn diese Zusammenarbeit eine Stärkung bzw. Wiederherstellung ihres Monopols wäre.

Dem dieses Monopol gerät nicht nur durch das Vorkommen mit zweifelhaften „öffentlichen Papieren“ in Gefahr, sondern auch durch den Ansturm früherer Kleinbankiers, die man im Frieden Pintcher oder gar „Buckshops“ nannte und gegen die der Zentralverband für das deutsche Bank- und Bankiergewerbe einen heftigen Kampf führte. Auf früheren Bankiertagen hat man die bedrängten Privatbankiers mit nicht ganz ehrlicher Mäßigung von oben herunter behandelt. Auf dem jüngsten Bankiertag konnte der Vertreter der Privatbankiers zwar nichts Neues über die Aufgaben seines „Standes“ vorbringen, aber er repräsentierte doch schon eine Macht.

Die Wiederholung alten Krams, die Neuaufgabe Brüssels in Berlin, waren überhaupt das Kennzeichen dieser Bankiertagung. Es wurde auf die Steuern geschimpft und es wurde verlangt, daß die Bankdepots dem wahrhaftig nicht scharfblickenden Auge der Behörde verschlossen würden, mit anderen Worten, daß das sogenannte „Bankgeheimnis“ aufgehoben würde. Es werden nämlich allzuviel Kapitalien außerhalb der Banken versteckt und ganz logisch verlangen die Banken, daß man sie wieder bei ihnen versteckt. Es wurde gefordert, daß nicht „an den Grundlagen unseres Grundkreditwesens“ gerüttelt würde, d. h. daß man den Hypothekendarlehen ihr bequemes Zwischengewinnleben ließe, gleichgültig, ob das Proletariat Unterkunft findet oder nicht. Es wurden allerlei schöne Währungsreden und Vorschläge gehalten, und gemacht, gegen den Druck des Frierensvertrages wurde gewettert, die Inflation wurde bejammert, die „Einfachheit“ der Verwaltung wurde verlangt und bei den Früh- und Spätfrüchten verbaute man die herrlichsten Sparankleitstheorien.

Kar Warburg verlangte „richtige Bewertung der Arbeitskraft“, d. h. der Arbeitskraft des Proletariats, aber er verlangt nicht die richtige Bewertung der Zahlungsmittel im produktionswirtschaftlichen Sinne. Er forderte eine rentenbasierte Schätzung zur Milderung der Arbeitslosennot, einen sogenannten „internationalen Ausgleich der Arbeitslosigkeit“, der weiter nichts wäre als eine internationale Verschiebung von Sklaven des Kapitals, als eine Abwendung der revolutionären Gefahren durch Arbeitslosenentlastung der revolutionsbedrohten Länder.

Dieser Bankiertag war das Jämmerlichste, was überhaupt denkbar ist. Er bestätigt wieder einmal, daß die Bankierverwaltungen entweder von den eigentlichen Wirtschaftsproblemen überhaupt nichts verstehen, oder daß sie mit geschlossenen Augen ihren kapitalistischen Trost weiter machen. Sie haben kein Mittel gesagt, das irgendeinen Ausweg aus der Misere im Sinne der Erhaltung der Privatwirtschaft zeigte. Sie können auch ein solches Mittel nicht nennen, weil es keine gibt. Mit Sehnsucht warten sie auf irgendeinen Afford, den die Entente mit ihnen eingehen soll. Sie sprechen zwar von dem Vertrauen, das die deutschen Banken immer noch im Ausland „genießen“ sollen, aber

sie geben zu, daß sie völlig abhängig von den Entschlüssen der Entente sind. Das heißt, ihr Stolz ist dahin und sie schnorren die Entente an, jederzeit bereit, ihr die wichtigsten Objekte der deutschen Produktion zu verpfänden. Für eine große Auslandsanleihe würden sie sämtliche schwarz-rot-goldenen oder auch schwarz-weiß-rotten Flaggen hissen. So liegen die Dinge.

Provinz.

An alle Ortsgruppen U. S. P. D.

Alle Ortsgruppen der U. S. P. D., Sektion der dritten Internationale, haben nach Vornahme der Neuwahlen der Vorstände sofort die Adressen der Bezirksleitung mitzuteilen, auch wenn die Adressen sich nicht geändert haben.

Waldenburg.

Die am 29. Oktober 1920 in Passins Restaurant stattgefundene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der U. S. P. Waldenburg stellte sich mit 3/4 Mehrheit auf die Seite des Mehrheitsbeschlusses des Parteitages, woran die Gegner das Lokal verließen. Anzuzurechnen sind an Genossen Franz Waldenburg, Cochinsstraße 15, nicht wie bisher an Herrn Schütz zu richten.

Kotales.

Breslau, den 3. November.

Achtung! Spigelplan!

Die Polizeispitzel

Sprengholz, Ottostraße 1, Distrikt 3,

Kran, Matthiasstraße 82, dto.

Gimmler, Adolfsstraße 7, dto.

haben einen Putschplan ausgearbeitet, nach dem wir am 9. November mit Hilfe der Sicherheitspolizei (!) den Kampf um die politische Macht erringen wollen!! Proletarier! Hütet Euch vor Provokationen, die möglicherweise die Orgesch loslassen wird, um diesem „Plan“ einen Schein von Wahrscheinlichkeit zu geben. Achtet auf die Spigel! Instruktionen geben die Distriktsführer.

Der Ortsrat.

Achtung! Partigenossen!

Es sind nur solchen Partigenossen Beiträge auszuhandigen, die vom Ortsrat gestempelte Ausweise (Stempel: Sektion der dritten Internationale) vorweisen. Anderen Personen darf auf keinen Fall Geld verabfolgt werden.

Der Ortsrat.

Achtung! Genossen vom Distrikt 7!

Außerordentliche Distriktsversammlung Freitag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Schmidt, Lewaldstraße 16. Thema des Abends: „Ziele und Wege der kommunistischen Internationale.“ Referent Genosse B. Gruschwitz. Unbedingte Pflicht jedes Genossen ist pünktliches Erscheinen.

Dr. Goldschmidt über die Wirtschaftsorganisation Sowjetrußlands.

F. U. Eine vorzügliche Aufklärung über die Entstehung der russischen Oktoberrevolution und den wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands erhielt am Freitagabend der Teil der Breslauer Arbeiterschaft, der dem Ruf der „Interessengemeinschaft zur Auswanderung nach Sowjetrußland“ zur öffentlichen Volksversammlung im Kronprinz, Westendstraße, gefolgt war. Der Referent des Abends, Genosse Dr. Goldschmidt-Berlin, ein hervorragender Volkswirtschaftler, führte an Hand seiner persönlichen Studien in Sowjetrußland im wesentlichen folgendes aus: Die („Wahrheits“) Artikel des „revolutionären Proletarierführers“ Wilhelm Dittmann, über Sowjetrußland, in ihrer schädlichen Wirkung hinreichend bekannt und der Bourgeoisie so willkommen, daß sie diesen Artikel in schwarz-weiß-roter Umrandung zu tausenden verbreitet, zwingen mich im Interesse der Wahrheit über Sowjetrußland zur Stellungnahme. Diese Artikel sind nichts

Achtung!

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Kriegsteilnehmer.

Donnerstag, den 4. November 1920

pricht in Breslau im Schlegelwerder

Karl Tiedt, Berlin.

Thema: „Die Stellung der Organisation zum Reichsversorgungsgesetz und zur Internationale.“

Nicht alles Kriegsoffer, Kriegsverletzte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene ist es, pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Breslau.

Der Vorstand.

weiter als eine Klage einiger Rotmanwanderer, die von dem wirtschaftlichen System noch keine Ahnung hatten, sind objektiv unrichtig und vom Standpunkt des Marxismus aus durch die Verallgemeinerung von Einzelerfahrungen auch unwissenschaftlich. Die Frage hat für einen Sozialisten, der ja auch Wilhelm Dittmann sein soll, zu lauten: „Ist es den Russen gelungen, eine soziale Wirtschaft so zu organisieren, daß ein Fundament vorhanden ist und der allgemeine Grundriß sichtbar wird?“ Diese Frage kann ich bejahen. Man sagt zwar in der deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, daß in Sowjetrußland überhaupt keine Wirtschaft vorhanden wäre; dem steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß Vertreter Rußlands fortgesetzt große Lieferungsverträge mit Kapitalisten abschließen und diese Kommodoren, Maschinen usw. doch unbedingt eine organisierte Wirtschaft voraussetzen. Dieser Widerspruch ist bisher nur

sehr wenigen aufgefallen. Wenn man nun diese Organisation studieren will, muß man zunächst wissen, wie weit die Privatwirtschaft in Rußland geblieben war, diese Privatwirtschaft, die Stadt und Land, Land und Industrie auseinander gerissen hat. Dieses Auseinanderreißen, fiels der Ö. und der wirtschaftlichen und sozialen Krise, war in Rußland besonders scharf ausgeprägt. Weil den Kapitalisten die überaus reichen Bodenschätze Rußlands zu ungunstigen lagen, entstanden die Industrien an ganz verkehrten Stellen. So befanden sich z. B. die Haupt-Metall-Industrien in der Gegend von Petersburg, weil nämlich ihr Betriebsmittel, die Kohle, auf dem Seewege von England billiger zu bekommen war, als die einheimische Kohle des Urals. Die Folge davon ist ein revolutionäres Proletariat in diesen Industrien, das ja dann auch zum Oessingen der Oktoberrevolution wesentlich beigetragen hat. Der Grund zu dieser Revolutionierung ist, daß einmal, je weiter eine Industrie ist, sie um so qualifiziertere Arbeiter braucht, die an sich schon Klassenbewußt sind; zum anderen aber das Proletariat dieser Industrien keinen Stützpunkt hinter sich hat, ganz der Konjunktur des Kapitalismus und der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist; im Gegensatz zu den Arbeitern im inneren des Landes, die im Sommer Bauern und nur im Winter Arbeiter, somit noch nicht ganz vom Lande losgerissen sind. Freilich war dieses Halbproletariat, dieses Halbproletariat in seinem Lande so verelendet, wie in Rußland, so daß selbst der Zar eine Agrarreform durchzuführen wollte, die jedoch durch den Krieg verhindert wurde. Als nun der Krieg ausbrach, ging zunächst die Wirtschaft im alten Geleise weiter. Erst als die Deutschen durch ihren Vormarsch die russische Industrie gefährdete, wurde sie überstürzt ins Hinterland gebracht, zumal sie ja auch vom Bezug der englischen Kohle abgeschnitten waren. Durch diese Verlegung wurde unter anderem auch das Land mit sozialistischen Elementen durchspränkt; die von der Front kommenden, Kriegsmüden, unzufriedenen und ausgezerrten Elemente taten das Ihre und so bereitete sich die Revolution ganz von selbst vor. Dazu kam noch die Anarchie der Wirtschaft, denn trotz der vielen Agiten, die deutsche Kriegswirtschaft studiert hatten, gelang es nicht, die Wirtschaft auch nur einigermaßen zu regulieren. Genau so wenig, wie es in Deutschland gelungen ist und auch niemals gelingen konnte, weil die Geldgier das ganze System der Gemeinwirtschaft verfeuchte, verwirrte und korrumpierte. Immer größer wurden die Schwierigkeiten, immer ohnmächtiger der russische Kriegswirtschaftsrat den russischen Kapitalisten gegenüber, die in ihrer Geldgier (wie überall!) ein Interesse am Mangel hatten und sich nicht scheuten, ganze Betriebe einfach stillzulegen. Das aber brachte ungeheure Not unter dem Proletariat mit sich und revolutionierte es. Die Arbeiterschaft kämpfte nun um Verhinderung der Stilllegung von Betrieben und erreichte ihr Ziel bis zu 50 Prozent! Aber auch das erkämpfte Kontrollrecht der Betriebe änderte an ihrem Elend wenig. Ein anderer störender Faktor, den man noch nicht kannte, mußte vorhanden sein. Da waren es die Bolschewiki, die diesen störenden Faktor zeigten, die in unerwarteter Ausföhrung den Massen klar machten, daß die Privatwirtschaft ja gar nicht anders als bisher wirtschaften kann. Massenhaft strömten die Bolschewiki in die Betriebsräte ein und verbreiteten dort die Parole: Weg mit der Privatwirtschaft! Die Arbeitermassen Rußlands, noch nicht vergiftet von der westeuropäischen „Kultur“, folgten dieser Parole; der Nachaufstieg der Bolschewiki begann. Ihnen zu Hilfe kam unter Kerenski die zusammenbrechende Brussilow-Offensive. Da ging ein Entsetzen beim Schwanden dieser letzten Hoffnung durch alle und man verlangte die eigne Unfähigkeit erkennend instinktiv nach dem starken Arm, der die zurückstulenden Millionenheere möglichst reibungslos in die Industrien unterzubringen, die außerdem sofort umzustellen war. Die Bolschewiki nahmen diesen Miesnarbeit auf sich. Fast reibungslos vollzog sich die Oktoberrevolution. Es war, ökonomisch gesehen, ja nur die richtige Bezeichnung eines bereits bestehenden Zustandes, das Ausschlagen des richtigen Firmenschildes. Das trifft auch bei allen anderen Revolutionen zu. Es ist Unfug, sich immer die Revolution als Barrikaden- und Maschinengewehr-Kämpfe vorzustellen. Solche Revolutionsromantik schadet nur. Die wirtschaftlichen Triebkräfte gibt es zu erkennen.

Nach dieser interessanten Schilderung der Entstehung der Oktober-Revolution zeigte Genosse Dr. Goldschmidt die von den Bolschewiki geleistete Aufbauarbeit.

Was müßte nun von einer sozialistischen Macht unter diesen Umständen geschehen? Bekanntlich hat R. Marx gelehrt, daß zunächst die kapitalistische Wirtschaft (allerdings mit sozialistischer Tendenz und unter Herrschaft des Proletariats!) weiter zu führen ist. Es müßte also die bestehende Aufgabe der Gemein-(Kriegs-)Wirtschaft weiter ausgebaut, zusammengesetzt und straff organisiert werden. Das geschah von den Bolschewiki und hatte bald Erfolg; zumal jene günstigeren Organisationsbedingungen hatten als ihre Vorgängerin, die Kriegswirtschaft. Brauchten sie doch nirgendwo Hilfe zu machen, da ihnen ja infolge der Kriegsgangung alles gehörte. Anfangs war von einer demütigen Organisation allerdings noch nicht viel zu sehen. Die von der russischen Arbeiterschaft schon erkämpften Betriebsräte (bis zur Oktoberrevolution nur Kontrollorgane) übernahmen nach der Enteignung der Unternehmer die Betriebe und leiteten sie, sofern noch produziert werden konnte, unter Wahrung der vollsten Autonomie oder bewachten sie, wo ein Produzieren durch Mangel an Rohstoffen, Geld usw. nicht möglich war, vor dem Verfall. Man hat über diese sozialistische Organisation (im Anfangsstadium der ökonomischen Umwälzung) in Europa sehr gelacht und die Kapitalisten Europas glaubten, Morgenluft zu spüren und riefen sich über diese (anfängliche) Planlosigkeit vergnügt die Hände. Das Schicksal ist ihnen später sehr vergangen. Zunächst hatte diese Uebergangsercheinung ihren großen Nutzen. Was nach der „Revolution“ in Deutschland massenhaft geschah, die Verchiebung der Kapitalien ins Ausland, der Abbruch der Betriebe usw. ist in Rußland dadurch verhindert und ungeheuer

Werke der russischen Wirtschaft gerettet worden. Eine Deere war inbesseren zwischen dem ehemaligen Kriegswirtschaftsrat, jetzt Oberster Volkswirtschaftsrat, und dem selbständig verwalteten Betrieben entstanden. Diese wurde jedoch bald wieder ausgefüllt, denn schon nach kurzer Zeit gingen den Betrieben Rohstoffe und Geld aus. Die Banken waren inbesseren sozialisiert und zusammengeslossen, so daß nur von diesen Geld und vom Volkswirtschaftsrat Rohstoffe zu ver-langen waren. Beide Institute aber verlangten für das Ge-wünschte genaue Rechnungslegung. So begann das orga-nische Zusammenwirken. Die Praxis ergab nun folgenden wirtschaftlichen Aufbau: Oberster Volkswirtschaftsrat, Gouver-nements- und Bezirkswirtschaftsräte, die alle organisch von selbst gewachsen waren. Die D. V. W. ist das große Auge, das alles überschaut. Die G. V. W. und B. V. W. bilden die Unteraugen, die in begrenzten Bezirken die Wirtschafts-bedürfnisse regeln. In nicht allzulanger Zeit war denn auch einigermaßen Ordnung in das Chaos gebracht worden. Da der Privatkapitalismus beseitigt war, fiel die ehemalige Un-ehrlichkeit der Wirtschaftsberichte, der Inventuren von selbst weg. Sowjetrußland ist nun, ökonomisch gesehen, eine einzige riesenhafte Fabrik mit vielen Unterabteilungen, die (und das ist die Hauptsache!) ehrlich und exakt arbeiten. Nun könnte daran gegangen werden, die Bedürfnisse der Industrie fest-zustellen. Zu dem Zwecke wurden die Industrien in drei Gruppen eingeteilt: 1. große lebenswichtige, 2. mittlere und 3. kleine Betriebe bis zum Handwerk. Die erste Gruppe (Lebensmittel, Kriegsindustrie usw.) unterstehen direkt der D. V. W., die zweite Gruppe dem G. V. W., die dritte Gruppe der B. V. W. Das genügt mit der Zeit noch nicht. Sowjetrußland hat sich gegen eine Welt von Feinden zu erwehren und muß sparsam wirtschaften. Die sogenannte Luftabteilung legte darum produktionsähnliche und -gleiche Betriebe zusammen, um Verwaltungskosten usw. zu ersparen. So ist alles miteinander vertraut und verflochten. Es ist unmöglich, diesen Bau wieder zu zerreißen, selbst dann nicht,

wenn die Bolschewiki durch die Verhältnisse von der Macht abgedrängt werden sollten. Zerstörung durch rohe Gewalt muß naturnotwendig namenloses Elend über das russische Volk und dadurch — die Bolschewiki zu neuer Macht bringen. Nur die Gefahr ist vorhanden, daß Amerika und England durch gewaltsame Niederwerfung Sowjetrußlands das System bestehen lassen und als riesigen Truß für sich verwerten und ausbeuten. Doch ist diese Möglichkeit nicht allzuwahrscheinlich. Leben kommt in diesen organischen wirtschaftlichen Aufbau durch den Mangel an Geld, Rohstoffe, Betriebsmittel, Kleidung, Nahrung usw. seitens der Betriebe. Um das alles zu erlangen, müssen sie ihrer übergeordneten Stelle, (dem D. V. W. oder dem G. V. W. oder dem B. V. W.) ein ge-naueres Budget ihres Bedarfes einreichen, ebenso haben sie Rechenschaft über das Verbrauchte abzulegen. Anfangs funktionierte das sehr schlecht. Ende 1919 jedoch schon zu 85%. Täglich verbesserte sich diese Organisation. Erfaulich genau und vielseitig sind mitunter diese Geschäftsberichte. Hat je ein Land seine Wirtschaft besser organisiert? (Schluß folgt.)

Öffentliche Versammlung

der U. S. P., Ortsgruppe Breslau, im „Kronprinz“.
Genosse Malachow-Berlin sprach am Montag vor Breslauer Arbeitern über: „Die Arbeiterklasse und die 3. Inter-nationale.“ Er gab zunächst einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Der Kapitalismus ist in seinen Grundfesten erschüttert. Die Kapitalisten sind außerstande, die Wirtschaft auch nur einigermaßen zu regeln. Eine Million Arbeitslose, unge-zählte Kurzarbeiter gehen krank und stich, hungernd und frierend einem furchtbaren Winter entgegen, derweil eine Gruppe von Kapitalisten, durch die Verschiebung der deutschen Wirtschaft ins Ausland, Milliarden verdienen, die sie verprassen und verschwelen. Selbst kapitalistische Volkswirtschaftler beurteilen die Lage hoff-nungslos. Die Sanierung seitens der Regierung durch unge-heuerliche Steuerbelastung der breiten Massen kann nichts mehr retten, wird und muß fehlschlagen. Pöbeln könnte nur die Ver-bindung mit Sowjet-Rußland, die aber vom Kapital systematisch sabotiert wird. Man glaubt zwar die verwendende kapitalistische Wirtschaft mit Hilfe einer riesigen Ausbeutung der Arbeiterklasse noch einmal herzustellen und rüstet darum zur Aufrichtung

der Militärdiktatur. Einmal, soll damit das Proletariat für lange Zeit nach dem Vorbild kommunistisch und zu allem geübt gemacht werden, zum anderen will man den un-vermeidlichen Aufstand der Arbeiterklasse zuvorkommen. Des-Platz ist sein und man läßt sich's Millionen kosten, er muß aber am Widerstand des Proletariats zerschellen. Dazu ist die Zu-sammenschließung des Proletariats in einem geschlossenen Ganzen und seine Schulung notwendig. Das Proletariat muß einsehen, daß mit Palladiummitteln seine Lage nicht mehr gebessert werden kann. Die Arbeitsgemeinschaften sind darum überflüssig und schädlich. Möglich geworden sind sie vor allem durch die bürger-liche Ideologie der Massen, die ihnen vom kapitalistischen Staat durch Schule, Presse und Kirche eingeimpft worden ist. Vom Reformismus (einschließlich der rechten U. S. P.) wird sie weiter genährt und das ist das Verderblichste des Reformismus. Redner legt an Beispielen das Unnütze des Glaubens dar, daß der Sozialismus auf dem Wege des Parlamentarismus herbeigeführt werden kann. Die bisherige U. S. P. kritisiert, zeigte er, daß die ehemaligen rechten Führer der U. S. P. an gar keine Revo-lution glauben, darum auch politisch und wirtschaftlich ganz anders eingestellt waren und das ewig hemmende Element bildeten. Die ökonomischen Vorbedingungen zur Erwerbung der Macht durch das Proletariat und der Umstellung der Wirtschaft seien jedoch in Deutschland vorhanden. Die geistige Orientierung der Massen ist nun Sache der hoffentlich bald zustande kommenden starken deutschen kommunistischen Partei. Es gilt schnell und gründlich vorzubereiten, die Massen über Ziel und Wesen der kommunistischen Bewegung aufzuklären, in den Gewerkschaften u. a. für Schaffung von Industrieverbänden zu wirken und alle Aktionen mit den Arbeitslosen, deren Schicksal das Schicksal der gesamten Arbeiterklasse werden kann, vorzu-nehmen. Beifall löste die Mitteilung aus, daß die nach Rußland entsendete Studentenkommision der Gewerkschaften nach ihrer Rück-kehr sich rechtlos für die 3. Internationale aussprach und schärfsten Kampf gegen die Amsterdamer Arbeitergemein-schaftler ansagte. F. U.

Der Bericht

über den Bezirksparteltag erfolgt aus Platzmangel erst in der nächsten Nummer.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Finanzen und Provinzialwesen: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Kultur, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunik; für Internate Fritz Ubrich.
Druck: Buchdruckerei Küffel & Daniela, sämtlich in Breslau.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

Bekleidungs-Abteilung
am Neumarkt Nr. 12

Schuhwaren-Abteilung
Kupferschmiedestr. Nr. 37

Haus-u. Küchen-geräte
am Neumarkt Nr. 12

Lebensmittel-Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen sowie in fast allen Orten der näheren Umgebung Breslaus

Beitrittserklärungen werden in allen Verkaufsstellen entgegengenommen.

Stadtheater.
Mittwoch 7 Uhr:
Die Sädin

Sode-Carier.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Waldrauers Lager und Piccolomini.

Chalin-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Geographie u. Stebe.

Schauspielhaus.
Opernhaus Nr. 25/26
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Ihre Freiheit die Bäuerin.



Zirkus Busch
Gebäude
Hauptstrasse
rings:
Entscheidungs-kampf:
Letto
Haupt
gegen
Charuchin
Haupt

Dieser Kampf kommt als erster Kampf zum Austrag, da dieser bei am Freitag in die erste Runde tritt. Folgende Kämpfe nach einer Pause von 1 Stunde u. 30 Min. abgebrochen werden müssen.

Parterre Plätze falls es die Zeit erlaubt:

Eden Theater
Mittwoch 27.
in Kostüm
Erstausführung!
Der große Abenteuer-Film
Der Karier von Lissabon

Die Liebes-G.M.B.H.

Romanoff
Rothsack
gegen
Randolfi
Gottschalk
Anglio
Haupt
gegen
Kalt
Haupt
Carl Saff
Haupt
gegen
Bahn
Haupt

Vorverkauf:
Haupt- u. Parterre-Plätze
Haupt- u. Parterre-Plätze
Haupt- u. Parterre-Plätze
Haupt- u. Parterre-Plätze
Haupt- u. Parterre-Plätze
Haupt- u. Parterre-Plätze

Eine sozialistische Bücherei (30 Werke) für 40 Mk.

A. Erziehungsfragen! 1. Dienstag: Freier Volksschulismus. 2. Hochschule Die Jugend der neuen Zeit. 3. Borchardt: Wie sollen wir unsere Kinder ohne Pöbel erziehen? 4. Dr. Lepenski: Der Elternrat. 5. Hilberts Eheprobleme. 6. Hilberts Erziehung zum Sozialismus.

B. Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek! 1. Ed. Bernstein: Der Geschlechtertrieb. 2. Dr. Popitz: Die Jahre der Geschlechtskurve. 3. Sam. Rat. Dr. Gebhart: Geschlechterverehr und Geschlechterkrankheiten. 4. Dr. Zedeck: Der Achtstundentag. 5. Dr. Zedeck: Die Proletarierkrankheit. 6. Dr. med. Fröhlich: Arbeitsfrage und Arbeiterklasse. 7. Dr. W. W. W. Volksernährung. 8. Dr. Lipschitz: Unsere Gewerkschaft. 9. Dr. Silberstein: Sport und Arbeiter.

C. Uebrige Wissensgebiete! 10. Die Verfassung des Deutschen Reiches. 11. Dr. Fischer: Grundzüge der preussischen Verfassung in Geschichte, Kritik und Prognose. 12. Auswanderer-Statistik (1909). 13. Karl Marx: Zur Judenfrage. 14. Friedrich Engels: Geschichte des Kommunismus. 15. Rosa Luxemburg: Sozialismus oder Revolution? 16. Karl Liebknechts Militarismus und Antimilitarismus. 17. Louis: Sozialismus und Krieg. 18. Rykow-Trotzkis Wirtschaft in Sowjetrußland und Westeuropa. 19. Hermann Schlimmer: Klassen wir heute sozialisiert? 20. Die Diktatur der D. Proletarier. 21. Adolph Hoffmann: Die agrarische Frage und Grundrecht. 22. M. Maeno: Deutsche „Kultur“ im Ausland. 23. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften. 24. E. Dünnig — R. Müller: Die Gewerkschaft — Die Betriebsorganisation!

Alle hier aufgeführten Werke zusammen für 40 Mk. gegen Vorzahlung des Betrages oder per Nachnahme (Post 2 Mk. extra) von
Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaistr. 49/50.
— Auch einzelne Bücher werden zum Verkauf.

LIEBICH Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Krieg des
Haupt- u. Parterre-Plätze

Achtung! Wo?
kann man sein und für
sich sein ganz ge-
richtig sein im Leben
und was ist das?
Bei H. Kluge,
Königsplatz, am 1. Etg.

St. Hubertus
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Krieg des
Haupt- u. Parterre-Plätze

Frauen
denen bei Störung d. Periode
(Schmerzhaft) usw., andere
Krankheiten helfen, Schmerzen
sicher und wirksam zu beseitigen,
sowie sie selbst prägen.
Kocher.

Sargenfrei
Prüfliche mit vielen Dank-
schreiben gegen Mk. 1.— Ver-
kauf von Sargen, Grabsteinen,
H. Schöner, Breslau, Land-
strasse 22.

Neu!!! • Neu!!! • Neu eröffnet!

Zwirn, rein feines, Siam . . . 0.60
Geschenke, edles Paar . . . 1.85
Ehrenkränze, im Papier . . . 3.00
Kette, weiß, gut, pp . . . 7.50
Hinterbühnen (bunnt) . . . von 8.95 an
Tischdecken, weiß und bunnt . . . von 3.50 an

— Strümpfe, Socken, Handschuhe
Erich Fraenkel in allen Preis-agen. Kein Bucher!!
Ihrer Kunde ist beschäftigt, kann Einkauf in meine Original-
Einkaufungen für von meiner Wirtschaft zu überzeugen.

Erich Fraenkel, Grabschener Str. 71
Grosser Markt (alte Postkammer), Gollische Str. 1. Etage 10.

Kranke
Haut- und Ge-
sundheitskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freigelegte
Anzeigen von ausge-
zeichneten Patienten.
Hilflos! Franz Jochke,
Friedrichstr. 77, II. Etage 10.
9-1, 2-7, Sonntags 8-12.

Alt-Metalle
für die Beschäftigung, gleich
welcher Art. Preisliste an
Kunig. Sch. 1. Etg. - 3/4

Alt-Metalle
Kauf Otto, Hauptstr. 2.

3 öffentliche Vorträge
des Herrn Walter Kühne-Stuttgart:
Mittwoch, den 3. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr
im großen Konzerthausaal:
Der weltöffentliche Umbruch in der Stellung der
Einzelnen zur Gesellschaft und die Dreigliederung
Donnerstag, den 4. Novbr., abds. 8 Uhr
in der Aula der ev. Realschule, Nikola-
radtgraben 20:
Das Organismus der Dreigliederung des sozialen
Organismus.
Freitag, den 5. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr
im „Kronprinz“ (Zentralballsaal),
Westendstraße 50/52:
Totale Weltbewegung.
Eintritt frei! Freie Ansprache!

Außerdem:
Jeden Mittwoch, in der Aula der ev. Realschule I, abends 8 Uhr:
Öffentlicher Studienabend über Dreigliederung
Eintritt frei! Freie Ansprache!

Jeden Donnerstag ebendort, abends 8 Uhr
Öffentl. Einführungsabend in die anthroposophisch
orientierte Gesundheitslehre.
Eintritt 30 Pf. Fragenbeantwortung

Bund! Dreigliederung d. sozialen Organismus
Ortsgruppe Breslau.
Anthroposophische Gesellschaft
Zweigstelle Breslau.

Zeitungsaussträger
für die Posten 9, 10, 11 und 12
sofort gesucht.